

# Jeder tote Zivilist schafft Gegner

**Bei der Göppinger SPD sprach der Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold über die Bundeswehr in Afghanistan. Im Interview begründete er, warum die deutschen Truppen verstärkt werden müssen.**

BIRGIT REXER

**Herr Arnold, der Deutsche Bundestag hat beschlossen, das deutsche Kontingent um bis zu 850 Soldaten zu erhöhen. Wie wird das gerechtfertigt?** Die Nato mit allen ISAF-Partnern hat ihre Strategie verändert. Im Mittelpunkt steht in den nächsten Jahren die Ausbildung der afghanischen Armee und der Polizei. Alle Partner müssen deshalb mehr Personal für die Ausbildung und zum Schutz der afghanischen Bevölkerung zur Verfügung stellen. In Deutschland bedeutet dies, dass in Zukunft 1400 Soldaten statt bisher 280 die Ausbildungs- und Schutzaufgaben übernehmen. Insofern ist eine Erhöhung notwendig und gut begründet.

**Die SPD hat in einem Zehn-Punkte-Programm die Bedingungen für einen Truppenabzug definiert. Sind diese Punkte realisierbar?** Wir hatten ja bisher das Problem, dass es viele internationale Konferenzen zu Afghanistan gab. Danach hat jedes Land auf die Partner gewartet, anstatt selbst entschlossen an die Realisierung der Entschlüsse zu gehen. Dies muss jetzt anders werden und deshalb ist es wichtig, bei einer Nachfolgekonferenz in Kabul überprüfbare Zwischenschritte zu den formulierten Zielen zu definieren. Es kommt jetzt auf die Entschlossenheit an, das Richtige umzusetzen. Und richtig ist es, mehr zum Schutz der Bevölkerung zu tun. Richtig

In der Begrifflichkeit, dass zwei Staaten gegeneinander kämpfen, sind wir in Afghanistan nicht im Krieg. Wir sind auch völkerrechtlich nicht im Krieg, weil dieser alte Begriff nicht mehr passt. Deshalb formulieren die Genfer Konventionen einen neuen Begriff, einen „nicht-internationalen bewaffneten Konflikt“. Den kann die Bundesregierung aber nicht selbst erklären. Insofern holt sich zu Guttenberg einen billigen und schnellen Applaus in der Öffentlichkeit und bei den Soldaten, in dem er eine Überschrift produziert, aber den Menschen nicht erklärt, was es bedeutet. Er müsste orientieren, aber er irritiert stattdessen. In der Tat klären die Gerichte aufgrund der Kriterien, ob es ein „nicht-internationaler bewaffneter Konflikt“ ist und in Kunduz wird das Gericht aus meiner Einschätzung zu dieser Überzeugung kommen. Dies hat für die Soldaten die rechtlichen Konsequenzen, dass sie dann nach dem Völkerstrafgesetzbuch in Deutschland betrachtet werden. Hier sollte aber niemand meinen, dass die Soldaten bei zivilen Opfern keiner Überprüfung unterliegen. Neben dieser rechtlichen Bewertung gibt es aber eine politische, ethische und strategische Bewertung und hier ist es fatal, wenn der Verteidigungsminister dazu schweigt. Uns Sozialdemokraten ist klar, jenseits der völkerrechtlichen Bewertung ist es ethisch nicht zu verantworten, den Tod von Zivilisten billigend im Kauf zu nehmen. Deshalb war der Bodenabwurf auf die

ist es, die Ausbildungsleistungen für die afghanische Polizei und die Armee zu verstärken. Richtig ist es, das Justizwesen aufzubauen, die Korruption zu bekämpfen und den zivilen Aufbau zu stärken. Wichtig ist es aber auch, den Beginn einer Reduzierung des Truppenkontingents zu definieren. Wir haben ab 2011 einen Korridor definiert, in dem es gelingen muss, den Afghanen die Sicherheitsverantwortung zu übertragen.

**Ab 2011 soll der Abzug der Truppen beginnen. Bis wann ist ein kompletter Abzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan geplant und überhaupt umsetzbar?** Wir haben einen Zeitkorridor definiert, der sich mit den Vorstellungen der afghanischen Regierung deckt. Wir müssen in den nächsten zwei Jahren den Aufbau der Polizei und des Militärs abgeschlossen haben. Dann brauchen wir von heute an gerechnet eine Übergangszeit von fünf Jahren, damit die Afghanen mit den Sicherheitsproblemen selbst umgehen können.

**Sie sprechen in Ihrem Vortag von einem Krieg in Afghanistan. Die Bundeswehr nennt den Einsatz bis heute nicht Krieg und Verteidigungsminister zu Guttenberg redet von kriegsähnlichen Zuständen. Ist das gerechtfertigt und wann wird seitens der Bundeswehr das Wort Krieg fallen?** Mit dem Begriff Krieg gehen die Deutschen nicht so spielerisch um, wie die Menschen im anglo-amerikanischen Sprachraum. Bei uns hat man die Bilder eines zerstörten Berlin und Dresden und Millionen Opfer vor Augen.

Menschenansammlung durch Oberst Klein ein schwerwiegender Fehler. Es ist auch politisch nicht zu rechtfertigen, weil wir das Vertrauen in Deutschland für diesen Einsatz weiter verlieren und es ist strategisch absolut falsch. Wir sind in einem Aufbau- und Stabilisierungseinsatz und jeder tote Zivilist schafft neue Gegner, statt Partner.

**Sie sind regelmäßig in Afghanistan. Wie gehen die Soldaten mit dem Druck vor Ort und der abnehmenden Unterstützung für den Einsatz in Deutschland um?** Für die Soldaten ist es sehr wichtig, dass der Deutsche Bundestag in der breiten Mehrheit ihren Auftrag in Afghanistan beschließt. Deshalb bin ich auch sehr froh, dass meine Fraktion bei ihrer verantwortungsvollen Rolle bleibt. Die Soldaten sind insgesamt sehr empfindlich, was das Ansehen der Bundeswehr in der Öffentlichkeit betrifft. Ich sage ihnen gelegentlich, ihr seid zu empfindlich. Die Kritik an Afghanistan, am Verteidigungsminister und an den politischen Verantwortlichen ist keine Kritik an der Arbeit der Soldaten.



Seit 1998 sitzt der 1950 geborene Stuttgarter Rainer Arnold im Bundestag. Rainer Arnold ist Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied des Verteidigungsausschusses und gilt als Experte hinsichtlich des deutschen Afghanistan-Einsatzes. Arnold ist verheiratet und hat einen Sohn.



Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold: „Wir müssen in den nächsten zwei Jahren den Aufbau der Polizei und des Militärs abgeschlossen haben.“

FOTO: ARCHIV